

13. Februar 2016

UMSTIEG

Freiburgs städtische Fahrzeugflotte soll bald größtenteils elektisch sein

In einem Jahr soll der städtische Fuhrpark zu 75 Prozent aus Elektroautos bestehen.



Die Stadt Freiburg will die Zahl der Elektroautos aufstocken.

Foto: Archivfoto: Thomas Kunz

Während der Umstieg auf Elektromobilität bundesweit noch lahmt, will Freiburg eine Vorbildrolle einnehmen. Der städtische Fuhrpark soll aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen verstärkt auf Elektroautos umgerüstet werden. Im Jahr 2017 sollen 75 Prozent der Autos Elektrofahrzeuge sein.

Dadurch würden innerhalb von zehn Jahren rund 145 000 Euro eingespart sowie 74 Prozent weniger Kohlendioxid und dazu noch weniger Lärm produziert. Zusammen mit einem externen Beratungsunternehmen hat das Haupt- und Personalamt ein Konzept entwickelt, in dem auch amtsübergreifende Fahrzeugpools vorgesehen sind.

Die Umrüstung auf Elektroautos ist einer von drei Vorschlägen, die der Gemeinderat

kürzlich für das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz eingereicht hat. Die anderen beiden sind die Kita bei der Adolf-Reichwein-Schule und die energetische Sanierung der Dreisamhalle in Ebnet. Das Förderprogramm des Bundes unterstützt Investitionen finanzschwacher Kommunen in Infrastruktur und Bildungsinfrastruktur. Die Kommunen müssen sich mit mindestens zehn Prozent beteiligen. Die Länder entscheiden dabei selbst, welche Kommunen "finanzschwach" im Sinne des Gesetzes sind. Insgesamt umfasst das Bundesprogramm 3,5 Milliarden Euro, davon entfallen 248 Millionen auf Baden-Württemberg und rund 5,24 Millionen auf Freiburg. Bewilligt werden müssen die Anträge vom Freiburger Regierungspräsidium.

Umgesetzt werden soll das Konzept in jedem Fall. Für Ladeinfrastruktur und einen Solar-Carport hat der Gemeinderat deshalb bereits insgesamt 648 000 Euro aus dem Klimaschutzfonds bereitgestellt. In diesem Jahr wird rund eine Million Euro in den Bau von Elektroladestationen investiert, im kommenden Jahr sollen für knapp 1,48 Millionen Euro Elektrofahrzeuge gekauft werden. Wenn die Förderung bewilligt wird, liegt der Eigenanteil der Stadt bei knapp 249 000 Euro und soll aus Klimaschutzmitteln finanziert werden. Dabei wurde auch der Vorschlag der Finanzverwaltung aufgenommen, die Fahrzeuge nicht wie bisher zu leasen, sondern zu kaufen.

Derzeit gehören 73 Pkw zum städtischen Fuhrpark. Er soll aber bis 2017 reduziert werden. Das Haupt- und Personalamt hatte im vergangenen Sommer bereits einen Bundeszuschuss für den Erwerb von Elektroautos beantragt. Da eine Doppelförderung nicht erlaubt ist, soll dieser Antrag zurückgezogen werden, wenn das Projekt beim Kommunalinvestitionsförderungsgesetz unter dem Schwerpunkt "Luftreinhaltung" erfolgreich ist. Wann das Regierungspräsidium darüber entscheidet, ist offen.

Auf Bundesebene kommt die Förderung von Elektromobilität kaum voran. Erst in der vergangenen Woche gab es ein Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und verschiedenen Ministern mit Vertretern der Autoindustrie, das ohne Ergebnis endete. Die Überlegungen reichen von einer Kaufprämie über eine verpflichtende Quote für die Hersteller von drei Prozent der Neuwagen bis zum Abbau steuerlicher Vergünstigungen für Dieselfahrzeuge. Merkel hat versprochen, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen zu bringen. Dieses Ziel liegt aber noch in weiter Ferne. Im vergangenen Jahr lag die Zahl laut Kraftfahrt-Bundesamt bei knapp 19 000.

Autor: Daniela Frahm